

III- **146** der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Z. 328.103-17a/74

Wien, 1974 09

Internationales Amtssitz- und
Konferenzzentrum Wien A.G.,
Bericht an den Nationalrat über
die Tätigkeit im Geschäftsjahr 1973

[4. Okt. 1974

An den
Präsidenten des Nationalrates

W i e n

REPUBLIK ÖSTERREICH	
PARLAMENTS-DIREKTION	
Ungel.	1974 -10- 0 4
Zl.	399-NR/74
Bl.	8

Das Geschäftsjahr 1973 ist für die Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien A.G. dadurch besonders markant, daß in dieses Jahr der Beginn der Verwirklichung des internationalen Teiles des gesamten Projektes fällt also der Amtssitzgebäude für die Internationalen Organisationen, des internationalen Konferenzgebäudes und der gemeinsamen Einrichtungen. Wie schon im vorangegangenen Bericht erwähnt, sind die Rohbauarbeiten für die Amtssitzgebäude nach öffentlicher Ausschreibung an eine aus acht leistungsfähigen österreichischen Baufirmen gebildete Arbeitsgemeinschaft als Bestbieter vergeben worden, sodaß die Bauarbeiten im April 1973 aufgenommen werden konnten.

In weiterer Folge sind sodann im Laufe des Jahres 1973 an wesentlichen Aufträgen noch jene für die Rohbau- und Stahlbauarbeiten für das internationale Konferenzgebäude, für die Aufzuganlagen in sämtlichen Bauwerken des internationalen Teiles sowie die Fassaden der Amtssitzgebäude vergeben worden.

Die im Jahr 1972 eingeleitete Neuberechnung der Baukosten ist im Jahr 1973 mit dem Ergebnis abgeschlossen worden, daß in Zusammenhalt mit den Finanzierungskosten und den sonst noch anfallenden Kosten die dem IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl.Nr. 150/1972, zugrundegelegten Kostenüberlegungen nicht mehr zutreffen und daher die finanziellen Bestimmungen dieses Gesetzes einer Änderung bedürfen. Mit dieser Frage wird in absehbarer Zeit der Gesetzgeber zu befassen sein, sodaß

- 2 -

weitere Erörterungen zu diesem Gegenstand im vorliegenden Zusammenhang entbehrlich erscheinen.

In finanzieller Hinsicht hat der Gesellschaft im Jahr 1973 in der Hauptsache ein weiterer Kostenersatz von S 250 Mio gemäß § 2 Abs. 1 und 2 des LAHV-Finanzierungsgesetzes zur Verfügung gestanden. Darlehensaufnahmen, für die der Bund die Haftung als Bürge und Zahler gemäß § 4 des zitierten Gesetzes übernommen hätte, waren bis zum Ende des Jahres 1973 nicht notwendig.

Der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1973 stellt sich zusammengefaßt wie folgt dar:

B i l a n z :

<u>Aktiva</u>	<u>in Mio S</u>	<u>Passiva</u>	<u>in Mio S</u>
Anlagevermögen	108.704	Grundkapital	20.000
Umlaufvermögen	95.017	Gesetzliche Rücklage	2.000
Rechn. Abgrenzung	0.747	Rückstellungen	1.277
		Verbindlichkeiten	181.191
	<u>204.468</u>		<u>204.468</u>

Gewinn- und Verlustrechnung:

<u>Aufwendungen</u>	<u>in Mio S</u>	<u>Erträge</u>	<u>in Mio S</u>
Personalaufwand	5.738	verschiedene Erträge	1.306
Abschreibungen	0.259	Ertragszinsen	12.384
Aufwandszinsen	0.600	außerordentl. Erträge	0.022
Steuern	0.478		
sonstiger Aufwand	3.717		
Rücklagenzuweisung	2.000		
Kostenbeitrag an den Bund	<u>0.920</u>		
	<u>13.712</u>		<u>13.712</u>

Der Jahresabschluß 1973 ist gemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes 1965 geprüft worden, die Prüfer haben einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

- 3 -

Die Verwendung der Kostenersatzzahlung des Bundes gemäß § 2 Abs. 1 und 2 des IAKW-Finanzierungsgesetzes für die bisher aufgelaufenen Kosten der Verwirklichung des Projektes stellen sich wie folgt dar:

	S	S
Kosten des Bauvorhabens bis Ende 1972	84 370 828 18	
weitere Kosten bis Ende 1973	<u>274 256 582 39</u>	358 627 410 57
eigene Einnahmen der Gesellschaft bis Ende 1972	5 944 801 63	
weitere eigene Einnahmen bis Ende 1973 (nach Dotierung der gesetzlichen Rücklage)	<u>11 712 463 24 -</u>	<u>17 657 264 87</u>
		340 970 145 70
Kostenersatzzahlungen des Bundes		
1972	250 000 000 00	
1973	<u>250 000 000 00</u>	<u>500 000 000 00</u>
Unverrechneter Saldo (Vortrag auf neue Rechnung zur Weiterführung des Bauvorhabens)		159 029 854 30 =====

Der letztgenannte Betrag ist als Verpflichtung gegenüber dem Bund in den oben angeführten Verbindlichkeiten von rd. S 181,191 Mio enthalten. Die zum Jahresende 1973 für die Weiterführung des Bauvorhabens bereitgestellten Mittel, nämlich Wertpapiere im Betrag von S 7 Mio und Guthaben bei Kreditunternehmungen von rd. S 86,892 Mio sind im Unlaufvermögen der Gesellschaft ausgewiesen.

1974 09

Der Bundesminister:

Dr. Androsch

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

